

Vernetzte Sicherheit als Imperativ der Sicherheitspolitik



Die Anforderungen an die Innere Sicherheit sind in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Die derzeitigen Strukturen im Bereich der kommunikativen, aber auch strukturellen Vernetzung der einzelnen Behörden kommunal, national und international sind den Anforderungen indes zu wenig gewachsen. Gefragt ist daher politische Leadership im Bereich Sicherheitspolitik. Die fehlenden Finanzen und die unklare Kompetenzordnung bilden die grössten Hindernisse auf dem Weg zu einer Vernetzung der verschiedenen involvierten Stellen der Inneren Sicherheit.

*Von Thierry Burkart, Baden**

Die sicherheitspolitischen Megatrends lassen mittelfristig eher eine Verschlechterung der Sicherheitslage erwarten: Migration, Ressourcendisparitäten, Wohlstandsgefälle, soziale Unrast und Zunahme der Verletzlichkeit technologischer Gesellschaften sind nur einige der Gefahrenpotenziale. Es besteht dabei indes kaum Beurteilungssicherheit über die Eintretenswahrscheinlichkeit der einzelnen Szenarien. Ohne dass irgendwo wirklich herkömmliche, zwischenstaatliche Kriege herrschen, wird uns die Sicherheit weltweit immer mehr kosten.

Der Zuschnitt staatlicher Sicherheitspolitik in der Schweiz hat sich nach 2001 erheblich verändert. Waren in Zeiten des Kalten Krieges Innere und Äussere Sicherheit aufgrund der damals geltenden internationalen Paradigmen nicht nur politisch, sondern vor allem auch verfassungsrechtlich streng getrennt, haben die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre weitreichenden Folgen zu einer tendenziellen Überschneidung in den Anforderungen an die beiden Teilbereiche staatlicher Sicherheitspolitik geführt. Die Überschneidung

betrifft aber auch weitere Akteure, wie Nachrichtendienste, Polizeibehörden, staatlichen Bevölkerungsschutz, Armee und dabei Bund, Kantone, Gemeinden sowie internationale Gremien, die mit der Gefährdungsanalyse der aus ihnen abzuleitenden kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen betraut sind.

System der Inneren Sicherheit als Verbundsystem

Die Kompetenzen von Kantonen, Bund und den verschiedenen Organen sind aber zersplittert. Das System der Inneren Sicherheit ist daher teuer und eher ineffizient. Bei einer tiefen Pro-Kopf-Polizeidichte haben wir in der Schweiz eines der teuersten Polizeikorps: 25 Mio. Euro pro Jahr auf 100 000 Einwohner ist ein Spitzenrang. Um auf eine eher als diffus beschriebene und empfundene, aber durchaus reale Bedrohungslage reagieren zu können, müssen die Vorkehrungen zur Inneren Sicherheit als Verbundsystem zwischen den verschiedenen Akteuren aufgebaut sein. Ein wichtiges Element stellt dabei ein funktionierendes Kommunikationsnetz dar. Ohne wirkungsvolle Kommunikation ist an eine effiziente

Koordination der verschiedenen Einsatzkräfte im Krisenfall nicht zu denken.

Fehlende kommunikative Vernetzung

Nach Eingang eines Grossalarms rücken Feuerwehr, Sanität und Kantonspolizei aus. Die Alarmierung der Rettungskräfte funktioniert heute tadellos. Doch bei der Kommunikation zwischen den verschiedenen Einsatzkräften treten Schwierigkeiten auf, denn jeder Dienst funkt auf einem anderen Kanal. Der Bundesrat hat zwar bereits 2001 grünes Licht für das nationale Sicherheitsfunknetz Polycom zugunsten aller Behörden und Organisationen gegeben. Nur einige wenige Organe und Stellen haben Polycom indes bis heute eingeführt. Bis letztes Jahr haben einzig Teile des Grenzwachtkorps und die Kantone Aargau, Glarus, Neuenburg und Thurgau Regional- und Teilnetze von Polycom in Betrieb genommen.

Fehlender politischer Wille zur Lösung erkannter Probleme

Gravierende Defizite in der Ausgestaltung der Inneren Sicherheit bestehen aber auch einseitig,

* Thierry Burkart, lic.iur HSG, ist Grossrat des Kantons Aargau sowie Vizepräsident und Programmchef der FDP Aargau. Er ist Mitglied der parlamentarischen Kommission für Öffentliche Sicherheit und der regierungsrätlichen Polizeikommission.

wenn Lageveränderungen rechtzeitig erfasst, eine rasche Reaktionsfähigkeit gewährleistet, adäquate Mittel bereitgestellt und eine Vernetzung zwecks Kooperation angestrebt werden. Tatsächlich werden neue Phänomene zu spät erkannt, und die Kompetenzen und Mittel divergieren. Zudem gibt die öffentliche Hand ihr knappes Geld zunehmend für Soziales aus, weshalb in allen anderen Bereichen Geld fehlt. Die Kernprobleme der Inneren Sicherheit sind zwar erkannt, aber es fehlt am politischen Willen, sie zu lösen.

Armee muss Ultima Ratio im Bereich der Inneren Sicherheit sein

Um diese Defizite zu beheben, ist die Politik gefordert. Prioritär wird die Koordination und die Fähigkeit zur Vernetzung zwischen den einzelnen Sicherheitsorganen verbessert werden müssen. Sekundär ist ein brauchbares Konzept zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit bereitzustellen. Im Bereich der Koordination zwischen Armee und zivilen Kräften stellt sich die Frage, wie weit Raumsicherung und subsidiäre Sicherungseinsätze von Milizsoldaten Teile einer modern verstandenen Sicherheitsstrategie bilden können. Insgesamt ist die Milizarmee kein Instrument gegen Terror und Kriminalität. Eine gewisse Vermengung von Innerer und Äusserer Sicherheit bereitet Probleme bei der Wahl der Einsatzmittel. Verheerend war der Entscheid von USIS 3 (Überprüfung des Systems der Inneren Sicherheit), die kantonalen Polizeikörper nicht aufzustocken und stattdessen auf die Armee zurückzugreifen. Dieser Entscheid hat die Schweiz um Jahre zurückgeworfen. Es fehlt allgemein an politischer Leadership im Bereich Sicherheitspolitik. Die Prioritäten werden daher falsch

gesetzt. Das billige Konzept, einfach das Gros der Armee als Lückenbüsser vor die Botschaften zu stellen und zu hoffen, es passiere nichts, ist falsch. Die Armee ist im Bereich der Inneren Sicherheit Ultima Ratio und nicht das Mittel der ersten Stunde und des täglichen Gebrauchs.

Einsatzführung bei Verbundaufgaben zwischen Bund und Kantonen ungelöst

Interkantonal arbeiten die Kantone seit einigen Jahren über regionale Polizeikonkordate zusammen. Sämtliche kantonalen Polizeikörper sind – mit Ausnahme von Zürich und Tessin – einem der vier Konkordate der Zentralschweiz, der Ostschweiz, der Nordwestschweiz und der Westschweiz angeschlossen. Für grössere Einsätze als solche im Rahmen dieser Konkordate gibt es die Zusammenarbeit im Rahmen der GIP (Gesamtschweizerische Interkantonale Zusammenarbeit bei besonderen Ereignissen), die Ende 2003 nach den Erfahrungen des G-8-Einsatzes in Evian geschaffen wurde. Dazu gibt es je ein operatives und ein strategisches Führungsorgan. Dies alles sind dem Föderalismus abgerungene Hilfskonstruktionen, die zwecks einer politisch korrekten Einbindung aller relevanten Stellen

auch überaus kompliziert und damit unzweckmässig aufgebaut sind. Die Armee kann sich beim präventiven Raumsicherungseinsatz auch gemischte Zustände vorstellen: entweder subsidiär oder mit der Einsatzführung betraut. Die Frage der Kompetenzen – wer kann entscheiden? – ist aber bis heute ungelöst, ebenso die Frage des Kräfteeinsatzes. Die Kantone lehnen sich seit dem Entscheid des Bundesrates zu USIS 3 zurück und vertrauen einzig darauf, dass die Armee dann schon helfe. Die Behörden aller Stufen müssen sich heute indes ernsthaft Gedanken machen, wie ein bedrohter Raum im Einsatzfall möbliert wird.

London zeigt: Die Politik ist gefordert!

Die politischen Realitäten und die blockierende Polarisierung führen dazu, dass zu wenig adäquat gehandelt und geführt wird. Erste Schritte, dieser Bedrohungslage zu begegnen, sind zwar eingeleitet, aber sie scheitern zunächst noch an den politischen Realitäten. Die fehlenden Finanzen und die unklare Kompetenzordnung bilden die grössten Hindernisse auf dem Weg zu einer Vernetzung der verschiedenen involvierten Stellen der Inneren Sicherheit.



Spezialeinheit Argus der Kapo Aargau im Einsatz.